

„Gorleben kann kein sicheres Endlager sein“

neue energie: Niedersachsen hat seine Zustimmung für das neue Endlagersuchgesetz an Bedingungen geknüpft: Keine Castoren sollen mehr in Gorleben zwischengelagert werden, und die Energieversorger sollen für die Erschließung alternativer Standorte zahlen. Ist das realistisch?

Stefan Wenzel: Würde auch nur ein einziger weiterer Castor nach Gorleben rollen, wäre das neue Standortauswahlgesetz nicht das Papier wert, auf dem es gedruckt ist. Bundesumweltminister Peter Altmaier äußerte sich zuversichtlich, bis Anfang Juli drei Bundesländer zu finden, die die letzten 26 Castoren übernehmen. Dabei rechnet er mit den Energieversorgern. Werden unsere Bedingungen nicht erfüllt, gibt es von uns keine Zustimmung zum Standortauswahlgesetz.

ne: Es gibt einen weiteren Deal mit Altmaier: Als potenzielles Endlager bleibt Gorleben in der Auswahl, dafür wird statt einer Bundestags- eine Bund-Länder-Kommission die Endlagerkriterien festlegen. Warum haben Sie darauf bestanden?

Wenzel: Eine Bundestagskommission wäre mit der Bundestagswahl Ende September dem Grundsatz der Diskontinuität zum Opfer gefallen. Geplant ist stattdessen eine über die Legislatur hinaus arbeitende Bund-Länder-Kommission. Auf der Grundlage ihrer Ergebnisse soll das Standortauswahlgesetz evaluiert und gegebenenfalls geändert werden. Ich habe die starke Hoffnung, dass die Kommission zu der Erkenntnis kommt, dass Gorleben kein sicheres Endlager sein kann.

ne: Aber auch dieser Kompromiss wackelt. Bundestagspräsident Norbert Lammert kritisiert, bei einer Bund-Länder-Kommission wäre der Bundestag bei der Endlagersuche kaum noch eingebunden.

Wenzel: Das Format der Kommission lehnt sich an das von klassischen Enquete-Kommissionen an. Die Geschäftsstelle soll beim Deutschen Bundestag eingerichtet werden. Letzteres bedeutet nicht, dass der Bundestag auch die Kosten tragen muss. Die Kommission muss ein hohes Maß an Vertrauen genießen und eine möglichst große Neutralität bieten. [sr]



Stefan Wenzel

ist Umweltminister von Niedersachsen und Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen.